20. Wahlperiode

Drucksache **20/11528**

HESSISCHER LANDTAG

06. 09. 2023

HHA

Dringlicher Berichtsantrag

Fraktion der SPD

Zukunft des alten Polizeipräsidiums in Frankfurt

Das alte Polizeipräsidium an der Friedrich-Ebert-Anlage in Frankfurt am Main steht seit 2002 leer. Im Jahre 2018 verkaufte das Land Hessen als Eigentümer des Areals und der Immobilie beides zum Preis von 212,5 Mio. € an die in Düssseldorf ansässige Gerchgroup. Diese plante bisher den Abriss des Bestandsgebäudes und die Neubebauung des Areals mit einem Büro- und Wohnkomplex bis 2028. In der vergangenen Woche wurde presseöffentlich bekannt, dass die in Rede stehende Gerchgroup Insolvenz angemeldet hat und die Zukunft des alten Polizeipräsidiums nunmehr ungewiss ist.

Die Landesregierung wird ersucht, im Haushaltsausschuss (HHA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand in Hinblick auf die Zukunft des Areals und dessen Entwicklung?

2. Ist ihr bekannt, dass die Gerchgroup insolvent ist?

3. Findet die Bebauung des Areals des alten Polizeipräsidiums weiterhin statt, wie bisher geplant?

4. Wie sieht der konkrete Zeitplan für die Bebauung des Areals aus?

5. Erachtet sie es als einen Imageschaden für sie und das Land Hessen, dass eine Landesimmobilie nun schon über 20 Jahre leer steht und einen Schandfleck im Herzen Frankfurts darstellt?

6. Es gab beim Verkauf des Polizeipräsidiums Kritik, dass der Kaufpreis viel zu hoch sei. Hält sie diese Kritik aufgrund der aktuellen Entwicklungen bei der Gerchgroup nun für berechtigt?

7. Hält sie an ihrer damaligen Auffassung fest, keine konzeptbezogene Veräußerung des Areals durchzuführen, sondern dieses an den Meistbietenden zu veräußern?

8. Erachtet sie es angesichts der aktuellen Entwicklungen als Fehler, dass sie in dem Kaufvertrag keine Bauverpflichtung für den Käufer vereinbart hat?

9. Gibt es in dem Kaufvertrag ein Heimfallrecht für das Land für den Fall, dass die Käuferin das Grundstück weiterveräußern will oder droht es in eine Insolvenzmasse zu fallen?

10. Erachtet sie es angesichts der aktuellen Entwicklungen als Fehler, dass sie das Areal nicht selbst über die Nassauische Heimstätte entwickelt hat?

11. Wie steht sie zu Überlegungen eines Rückkaufs des Areals durch das Land?

12. Wie ist der aktuelle Stand der Bewirtschaftung des Sondervermögens „Universitätsbibliothek Frankfurt am Main und Wohnraum- und Wohnumfeldförderfonds Hessen“?

13. Welche konkreten Abflüsse für welche Projekte hat es bisher aus dem Sondervermögen gegeben?

Eingegangen am 6. September 2023 · Ausgegeben am 6. September 2023

Herstellung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden · www.Hessischer-Landtag.de

14. Welche Konsequenzen zieht sie aus dem Fall der nunmehr über 20 Jahre leerstehenden ehemalige Landesimmobilie für eventuelle zukünftige Fälle?

15. Nimmt sie den vorliegenden Fall zum Anlass, die haushalts- und kommunalaufsichtsrechtlichen Regelungen für hessische Kommunen so auszugestalten, dass diesen der Ankauf von Grundstücken im Rahmen einer aktiven Bodenpolitik erleichtert beziehungsweise überhaupt erst ermöglicht wird?

Wiesbaden, 5. September 2023

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph